

Datum | 30.04.2023

Auflage | k.A.

# UNSERE ERFOLGREICHE WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSORDNUNG

wird schleichend unterminiert

Deutschland befindet sich an einer Weggabelung seiner Geschichte. Wir Deutschen genießen Wohlstand und Sicherheit aufgrund der Weitsicht der Gründer der Bundesrepublik: Das Grundgesetz ist eine der besten Verfassungen der Welt. Die Soziale Marktwirtschaft hat uns aus Trümmern zum Exportweltmeister gemacht. Mehr als drei Jahrzehnte waren alle Konflikte weit weg: China lieferte günstige Vorprodukte, Russland billige Energie und die USA sorgten für unsere Sicherheit. Diese Zeiten sind definitiv vorbei. Unser Land muss sich wieder darauf besinnen, wie es stark geworden ist.

Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftlichen Erfolg und Freiheit mit sozialer Sicherheit und schafft damit den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Für ihn stand die Freiheit des Menschen im Zentrum, die in ihrem Idealfall Wohlstand für alle Menschen bedeutet. Corona-Krise, Krieg in Europa, Rekord-Inflation und Energie-Krise sind gewaltige Herausforderungen in nur kurzen Abständen – im Grunde sogar kommunizierende Röhren. Wir müssen also höllisch aufpassen, denn hinter dem ständigen Krisenmodus vollzieht sich still und leise ein Paradigmenwechsel. Es hört sich wie eine Drohung an, was Robert Habecks Staatssekretär Sven Giegold, ein früherer Funktionär der linksgrünen Attac-Bewegung, auf Twitter verbreitet: „Hinter den Kulissen arbeiten wir im BMWK an den Veränderungen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft. Punkt für Punkt, Gesetz für Gesetz arbeite ich daran – wie so viele im ganzen Regierungsteam. Wir bleiben dran und lassen uns nicht entmutigen!“ Und wenn wir ehrlich sind, ist dieser Umbau bereits erschreckend weit fortgeschritten. Mit Robert Habeck kam eine radikale Kehrtwende. Von Wachstum und Wohlstand hin zur Schrumpfwirtschaft und zur Kontingentierung von Energie. Der Verzicht von zusätzlicher Belastung für Leistungsträger wird mittlerweile

schon zu „Geschenken für Reiche“ umgedeutet, wie die Diskussion über die „kalte Progression“ offenbart.

Erhard wollte Wettbewerb. Heute ist Wettbewerb ein Unwort. Beispiel Strom: Statt Wettbewerb gibt es ideologische Festlegungen auf Energieträger, Abschalttermine und Vorrangregelungen für erwünschte Stromerzeugung. Die Kosten trägt der Verbraucher – und der Steuerzahler. Beispiel Automobil: Kosten für weniger nachgefragte Elektro-Autos werden vom Staat ebenso hochgradig subventioniert wie der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Drängt das Wirtschaftsministerium hier auf Wettbewerb und Technologieoffenheit? Im Gegenteil: Staatssekretär Sven Giegold schrieb am 16. Nov. 22 voller Begeisterung auf Twitter: „Bäm! Soeben hat der Rat der EU-Mitgliedsländer das Verbrenner-Aus für neue PKWs zu 2035 rechtsverbindlich beschlossen.“ Auch die Gegner unserer Energiesicherheit sind aktiv und laut. Lützerath, ein kleines Örtchen im Rheinland, spaltet die Gemüter des ganzen Landes. Angesichts der medialen Berichterstattung entscheidet sich offenbar dort, ob wir das Weltklima retten oder untergehen. Die Räumung der Siedlung wie zuvor der Braunkohle-Abbau sind letztendlich bestätigt. Wo kommen wir hin, wenn Richtersprüche nicht mehr gelten?



Wolfgang Steiger  
Generalsekretär,  
Mitglied des Präsidiums  
Wirtschaftsrat  
der CDU e.V.

Was Luisa Neubauer mit einem anderen Rädelsführer dort verbindet, zeigt auch auf, welches Problem die Grünen mit ihrem Nachwuchs haben. Denn der Bundessprecher der Grünen Jugend steht Seite an Seite mit ihr und Autonomen. Polizisten werden beschimpft und sogar mit Molotowcocktails angegriffen. Väter und Mütter, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, unter Einsatz ihres Lebens geltendes Recht durchzusetzen.

Wir müssen als Mitte der Gesellschaft dazu klare Position beziehen: pro Rechtsstaat und deutlich für unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn wir dieses Land zusammenhalten wollen, wenn wir motivierte Leistungsträger wollen, wenn wir den Sozialstaat nachhaltig finanzieren wollen, wenn wir unser Industrieland erhalten wollen, brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Politik der Bundesregierung.